

Nutznießler und Täter – Villingen in der Zeit des Nationalsozialismus¹

VON WOLFGANG HEITNER

Der Umgang mit der zwölfjährigen Herrschaft des Nationalsozialismus gerade auf lokaler Ebene ist über Jahrzehnte hinweg eher von Verdrängung und Verschweigen als von Aufarbeitung und Offenlegung der Fakten geprägt gewesen. Diese Haltung wurde in vielen Kommunen eingenommen – so auch in Villingen. Aber in den letzten Jahren ist dieses Defizit in vielen Städten und Gemeinden der Region behoben worden. Zu nennen ist insbesondere die äußerst informative und detaillierte Arbeit von JÜRGEN KLÖCKLER über Konstanz, aber auch in Städten und Gemeinden aus der Region wie Furtwangen, Sankt Georgen, Unterkirnach oder VS-Weilersbach war es möglich, die Zeit des Nationalsozialismus als Teil der eigenen politischen Geschichte anzunehmen und entsprechend offen in den örtlichen Chroniken oder Stadtgeschichten darzustellen. Auch für Villingen gibt es ausführliche Darstellungen einzelner Ereignisse aus der NS-Zeit; in einer Reihe von Veröffentlichungen wird punktuell auf verschiedene Aspekte eingegangen.² Was jedoch fehlt, ist eine zusammenhängende Darstellung und Untersuchung der politischen Entwicklung der Villingener Kommunalgeschichte, in der die schrittweise Verdrängung der demokratischen Institutionen, das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und der NSDAP, die Formen der Anpassung der städtischen Gesellschaft an die nationalsozialistische Diktatur und die Rolle der handelnden Personen – um nur einige Aspekte zu nennen – genauer untersucht und dargestellt werden. Zu diesen Themen soll hier ein Beitrag geleistet werden.

Die Quellengrundlage dafür besteht vor allem aus Akten verschiedener Archive, insbesondere des Stadtarchivs VS und des Staatsarchivs Freiburg. Ausgewertet wurden Akten zur Kommunalpolitik Villingens sowie Personalakten von städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern. Weitere Quellen waren die dem Zentrum nahestehende Tageszeitung „Villingener Volksblatt“ und die beiden Parteizeitungen der örtlichen Nationalsozialisten „Der Romäus“ und das „Schwarzwälder Tagblatt“.

Die Folgen der Reichstagswahl vom 5. März 1933

Der Zeitraum 1933/34 ist gekennzeichnet von der Durchsetzung der diktatorischen Herrschaft des Nationalsozialismus. Am 30. Januar 1933 war Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden. Neuwahlen zum Reichstag wurden auf den 5. März festgelegt. Hitler wollte sich aus der „Einrahmung“ durch rechtskonservative Kräfte befreien und



Das Bickentor in Villingen.

Foto aus: FLAIG (Seite 56).

rechnete mit einem großen Wahlerfolg für die NSDAP. Der Einsatz des staatlichen Machtapparats, vor allem aber öffentlich ausgeübter Terror sollte diesen garantieren. Das Ergebnis entsprach jedoch nicht den hochgesteckten Erwartungen. Es brachte den Regierungsparteien zwar reichsweit die absolute Mehrheit der Stimmen, doch die NSDAP kam nur auf sie enttäuschende 43,9 % der Wählerstimmen. Das bedeutete zwar einen Zuwachs von über 10 Prozentpunkten gegenüber den Novemberwahlen 1932, aber sie war weiterhin auf Bündnispartner angewiesen – vorausgesetzt demokratisch-parlamentarische Regeln würden eingehalten werden. Dies war aber nicht der Fall.

Ein Blick auf den Ausgang der Wahl in Villingen – bei einer hohen Wahlbeteiligung von über 90 % – zeigt Folgendes: Hatte das Zentrum in den Novemberwahlen noch 15 Prozentpunkte Vorsprung an Wählerstimmen gegenüber der NSDAP, so bestand nun eine Patt-Situation der beiden Parteien bei etwa 37 %. KPD und SPD erhielten jeweils etwa 13 %. Der Stimmenzuwachs für die NSDAP in Villingen war enorm: 1928 erhielt sie 0,3 % (einige Dutzend Stimmen) – 1933 waren es 37 % (fast 2.900 Stimmen) bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 9.500 Einwohnern.

Zwei gewichtige Gründe für den Aufstieg der Nationalsozialisten im Bezirk Villingen nennt das zentrumsnahe „Villinger Volksblatt“: „Die bisherigen Nichtwähler konnten von der NSDAP aktiviert werden, und katholische Landwirte sind der nationalsozialistischen Massensuggestion verfallen“. Gleichzeitig wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, die abtrünnigen Wähler fänden bei der nächs-

ten Wahl zum Zentrum zurück. Aber schnell wurde klar, dass die NSDAP gar nicht daran dachte, sich an verfassungsrechtliche und parlamentarische Standards zu halten. Vielmehr begann sie sofort auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen mit einem gewaltsamen Umbau in ihrem Sinne.

In diesem Prozess der Gleichschaltung wurden die Selbstbestimmungsrechte der Länder und Kommunen schrittweise beseitigt. Nachdem am 23. März 1933 durch das sogenannte Ermächtigungsgesetz die Grundlagen für ein diktatorisches Regime gelegt wurden („*Reichsgesetze können von der Regierung beschlossen werden und dürfen von der Verfassung abweichen*“ – Artikel 1 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 – „Ermächtigungsgesetz“), erließ die Regierung in rascher Folge Gesetze, die zur Gleichschaltung der Länder führten.

Der Prozess der Gleichschaltung in Villingen

Wie verlief dieser Gleichschaltungsprozess hier in Villingen? Was geschah mit den gewählten Organen Bürgerausschuss und Stadtrat? Wer waren die Opfer des gewaltsamen Umsturzes, wer die Akteure auf Seiten der Nationalsozialisten?

Ein erstes – äußeres – Zeichen war, dass am Dienstag nach der Reichstagswahl auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne gehisst wurde. Der parteilose Adolf Gremmelpacher, seit 1926 Bürgermeister und seit Februar 1932 Oberbürgermeister, versagte zwar zunächst die Genehmigung zu dieser Aktion, lenkte jedoch nach telefonischer Rücksprache mit dem badischen Innenministerium ein. So konnte die Fahne für einen Tag gehisst werden, wie mit den örtlichen Nationalsozialisten abgesprochen, auf Anordnung Gremmelpachers jedoch eingerahmt von Fahnen mit städtischen und badischen Farben. Ein kleiner, aber auch letzter Akt bescheidener Gegenwehr. Es folgten eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen, die auf Reichs-, Landes- und lokaler Ebene initiiert wurden, um die führende Rolle der NSDAP bei der „*nationalen Revolution*“ zu demonstrieren. Landesregierungen und kommunale Verwaltungen unterwarfen sich diesen Ansprüchen und fügten sich in die Rolle als ausführende Organe.

So fand am Abend des 15. März 1933 in Villingen vor dem Rathaus eine „*Feier der nationalen Erhebung*“ statt, mit allen Formationen der NSDAP und

Adolf Gremmelpacher, Bürgermeister
und Oberbürgermeister der Stadt Villingen
(1926–1933).

Foto: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.



städtischer Vereine, musikalisch umrahmt von der Stadtmusik. Laut „Villinger Volksblatt“ (vom 16. März) habe OB Gremmelspacher das Erwachen des deutschen Volkes beschworen und der Reichsregierung Adolf Hitlers gelobt, den Kampf gegen den Bolschewismus mit allen Kräften zu unterstützen. Ortsgruppenleiter Gutmann konnte diese Ausführungen nur bekräftigen und beschloss seine Rede mit Hitlers Worten: „*Nun haben wir doch gesiegt*“. Ein Tag zuvor fand auch im Realgymnasium zum selben Anlass mit ähnlich formulierten Reden eine Feierstunde statt. Der Unterricht fiel aus – die Schüler wird's gefreut haben.

Schon eine Woche später folgte die nächste öffentliche Kundgebung. Der zum Feiertag erhobene „Tag von Potsdam“ (Reichstagseröffnung und gemeinsamer Auftritt des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler in der Garnisonskirche zu Potsdam) wurde mit großem Programm auch in Villingen zelebriert: Aufmarsch der NSDAP-Formationen SA, SS und HJ, dazu die örtlichen Kriegervereine und die Stadtmusik, Beflaggung der öffentlichen Gebäude und der Häuser, Fackelzug mit Beleuchtung der Türme und Tore. OB Gremmelspacher, der sich in seinen Formulierungen immer mehr der nationalsozialistischen Diktion anpasste, versprach, alles für die Größe Deutschlands zu tun, aus dem Tal des Niedergangs marschiere man auf den Berg der nationalen Erhebung. Er beschwor die „*Treue zu unserem Führer*“, unserer Jugend müsse man „*die Bedeutung dieses Tages ins Herz hämmern*.“³

Der Boykott jüdischer Geschäfte, Arzt- und Rechtsanwaltpaxen am 1. April 1933 wurde auch in Villingen von der örtlichen NSDAP organisiert. „*Kauft nicht bei Juden*“ lautete die Parole. SA-Männer und Personen in Parteiuniformen postierten sich vor den Eingängen. Die örtliche Nazi-Zeitung „Der Romäus“ erschien mit der Überschrift: „*Heute Schlag zehn Uhr beginnt der Boykott*“. Die Ortsgruppenleitung forderte alle arbeitslosen Parteigenossen auf, sich im Dienstanzug auf der Geschäftsstelle zu melden, um diesen „*Verbrechern*“ und „*Volksverrättern die nötige Antwort zu geben*“.

Zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1933 legte die Ortgruppenleitung einen Programmablauf vor, der nicht nur den ganzen Tag, sondern auch alle Teile der Bevölkerung umfassen sollte. Um 6 Uhr begann der Tag mit Wecken und Böllerschießen. Am Vormittag hatten die Schüler des Realgymnasiums ihren großen Auftritt: 8.30 Uhr im Schulhof antreten, Abmarsch zur Tonhalle, um dort die Rundfunkübertragung aus Berlin anzuhören, um 11 Uhr in den Anlagen vor dem Amtsgericht Pflanzung der Hitler-Eiche, zusammen mit Abordnungen der Vereine, SA- und SS-Formationen. Der Tag wurde mit einer „*Großen Volksfeier*“ in der Tonhalle beschlossen. Deutlich war auf dem Programm zu lesen: „*Juden haben keinen Zutritt*“.

Als letzte öffentlichkeitswirksame Veranstaltung aus diesem Zeitraum soll die „*Aktion wider den undeutschen Geist*“ genannt werden, die zum Ziel hatte, öffentliche Büchereien und Universitätsbibliotheken von Werken jüdischer, marxistischer, pazifistischer und überhaupt politisch unliebsamer Schriftsteller zu „*säubern*“. So wurde auch in Villingen vom 12. bis zum 17. Juni von der Orts-



Pflanzung einer Eiche zu Hitlers
Geburtstag 1933.

Foto: Stadtarchiv
Villingen-Schwenningen.

gruppenleitung eine „*Kampfwoche gegen Schund und Schmutz*“ ausgerufen und die HJ beauftragt, in sämtlichen privaten und öffentlichen Bibliotheken die verfeimten Werke einzusammeln. Ortgruppenleiter Wilhelm Gutmann – und zu dieser Zeit auch kommissarischer Bürgermeister – leitete die Bücherverbrennung. Alle Zellenwarte, Blockwarte sowie die gesamte uniformierte Parteiorganisation hatten Punkt 20.30 Uhr beim „Stiftskeller“ im Dienstanzug anzutreten, um zum Schulplatz beim Benediktiner zu marschieren, wo die Bücher verbrannt wurden.

Als kurzes Fazit dieser Beispiele öffentlichkeitswirksamer Aktionen lässt sich sagen: Das Bestreben der Nationalsozialisten ist es gewesen, ihre politischen Zielsetzungen und ihre Feindbilder als allgemein gültige, im nationalen Interesse liegende darzustellen. Wer der nationalen Gemeinschaft angehört und wer nicht, wurde in den wenigen Wochen nach der Machtergreifung öffentlich mehr als deutlich gemacht. Zu den Feinden des Staates gehören Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten, aber auch die „*Schwarzen*“ – gemeint sind Mitglieder des katholischen Zentrums. Den Unentschlossenen in der Gesellschaft, vor allem der Jugend werden Angebote zum Mitmachen unterbreitet, die, wie der weitere Verlauf des Dritten Reiches zeigt, in immer stärkerem Maße angenommen werden – aus unterschiedlichen Motiven. Der Nationalsozialismus wird auch in Villingen zur Massenbewegung.

Die Umgestaltung der kommunalen Vertretungen in Villingen: Bürgerausschuss und Stadtrat

Die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 waren, wie schon erwähnt, Anlass zur Umgestaltung der Landtage und der kommunalen Vertretungsorgane. Konkret hieß das: Die Zusammensetzung der Gremien wird an das reichsweite Ergebnis angepasst, wobei die Stimmen für die KPD unberücksichtigt blieben. Das „Gesetz zur Durchführung der Gleichschaltung“ vom 4. April 1933 legte für Villingen die Zahl der ehrenamtlichen Stadträte auf 8 Personen (zuvor 12) und die der

Stadtverordneten auf 20 Personen (vormals 72) fest. Die jeweilige Anzahl orientierte sich an der Zahl der Einwohner. Nach diesen Vorgaben wurden – von den Parteien und Wahlgruppen Kandidatenlisten eingereicht und durch Umrechnung aus den Reichstagswahlergebnissen eine neue Besetzung der beiden Vertretungsorgane festgelegt. Im Stadtrat erhielt die NSDAP 5, das Zentrum 3 Mandate. Im Bürgerausschuss die NSDAP 10, das Zentrum 8 und die SPD 2 Mandate. Bemerkenswert ist, dass für den Stadtrat eine gemeinsame Liste von NSDAP, Zentrum, Evangelischer Volksdienst, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Deutsche Volkspartei und Deutsche Staatspartei eingereicht wurde. Berührungsängste scheint es demnach zwischen den Nationalsozialisten und den bürgerlichen Parteien nicht gegeben zu haben.

Als Stadträte wurden bestellt:

1. Von der NSDAP: Wilhelm Gutmann (Angestellter bei der Stadt und Ortsgruppenleiter der NSDAP) / Paul Riegger (Ingenieur bei Kienzle Apparate) / Dr. Josef Rimmelin (Justizrat und Fraktionsführer) / Arthur Vetter (Verbandsrechner) / Georg Messmer (Landwirt).
2. Vom Zentrum: Gustav Butta (Drogist) / Otto Weisser (Heizer) / Ferdinand Laufer (Architekt).

Über die erste Sitzung des neuen Stadtrates am 8. Mai 1933, geleitet noch von Bürgermeister Gremmelspacher, berichtet der „Romäus“: *„Wir Nationalsozialisten haben die absolute Mehrheit. Unsere fünf Stadträte erschienen im Braunhemd. Pg. Gutmann wurde zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Die Männer unserer nationalsozialistischen Fraktion bieten die Gewähr, dass sie im Sinne der nationalen Regierung und der nationalsozialistischen Bewegung ihr Amt gewissenhaft führen werden“*.⁵

Dass sie in derselben Sitzung die Verpflichtung abgegeben haben, ihr Amt zum Wohle der Stadt auszuüben, scheint geringere Bedeutung zu haben. Diese parteibezogene Haltung wird durch ein Schreiben des Ortsgruppenführers Gutmann vom selben Tag an das Bürgermeisteramt verdeutlicht: *„Gemäß der kommunalpolitischen Vorschriften der Gauleitung der NSDAP sind Fraktionsführer und Stadtverordnetenvorstand [dieses Amt übte sein Parteigenosse Franz Martin aus] dem Gruppenführer für die Gemeindepolitik verantwortlich“*. Das heißt: Der Stadtrat Gutmann ist allein dem Ortsgruppenführer Gutmann verantwortlich. Das gilt auch für den Stadtverordnetenvorstand Franz Martin.

Hier wird schon der Konflikt deutlich, der sich als Machtfrage nicht nur auf kommunalpolitischer, sondern auch auf Länder- und Reichsebene abzeichnet: Wer bestimmt letztlich die Linien der Politik? Die Vertreter der NSDAP oder die staatlich-städtischen Verwaltungen?

Diese Machtfrage wird in Villingen sehr rasch im Sinne der Partei beantwortet. Am 16. Juni 1933 erscheint eine kurze Nachricht im „Villinger Volksblatt“: *„In der letzten Stadtratssitzung hat Bürgermeister Gremmelspacher um Beurlaubung nachgesucht, welche vom Stadtrat genehmigt wurde. Auf Vor-*

schlag der Ortsgruppe Villingen übernimmt Stadtrat Gutmann die Führung der Amtsgeschäfte.“ Warum Gremmelpacher um Beurlaubung bat, stand nicht in der Zeitung. Antwort darauf gab Gremmelpacher selbst in einem Brief, der erst in einem Spruchkammerverfahren 1947 öffentlich wurde. Da berichtet er, wie am Nachmittag des 23. Mai 1933 fünf SA-Männer (Alois Zanger, Karl Ludwig, Alwin Lattner, Dr. Gustav Hertenstein und Emil Mossmann) in seiner Privatwohnung erschienen und „*mir erklärten, es sei unerwünscht, dass ich die heutige Bürgerausschußsitzung leite*“, da in der SA Missstimmung gegen ihn bestehe und es deshalb, sollte er erscheinen, zu Störungen kommen könne. „*Es sei daher ratsam, dass ich Urlaub nehme, sonst sei zu befürchten, dass ich in Schutzhaft genommen werden müsse, da man nicht für jeden SA-Mann die Garantie übernehmen könne*“. Das Urlaubsgesuch solle er sofort unterschreiben, Bürgermeister-Stellvertreter Gutmann werde die Amtsgeschäfte bis auf Weiteres übernehmen. Diese massive Drohung zeigte Wirkung – Gremmelpacher trat von seinem Amt zurück.

Alois Zanger, Obertruppführer der SA und Anführer der Gruppe, war seit April 1932 im städtischen Rechnungsamt tätig, dann wurde er ins Beamtenverhältnis übernommen. Vom Villingener Untersuchungsausschuss 1947 als „*aktiver und fanatischer Nationalsozialist*“ bezeichnet, wurde Zanger 1945 aus städtischen Diensten entlassen, aber Mitte der 1950er Jahre wieder eingestellt.

Die Bedrohung unliebsamer Amtspersonen hatte ebenso System wie das Zusammenspiel der Nationalsozialisten. Ihr nächstes Ziel waren die zwei noch verbliebenen SPD-Vertreter Heinrich Teich und Alfred Weisser in der Stadtverordnetenversammlung. So verlangte NSDAP-Stadtrat Dr. Rimmelin in einem Brief an Bürgermeister Gutmann, die beiden Sozis sollen ihr Amt niederlegen. Gutmann machte einen Stadtratsbeschluss daraus, und so war der Bürgerausschuss von Sozialdemokraten gereinigt. Das Verbot der SPD reichsweit folgte einige Tage später.

Aber immer noch befanden sich drei Zentrumsvertreter im Stadtrat. Auf unterschiedliche Weise wird aber auch dieses „Problem“ gelöst. Als erster verlässt Stadtrat Butta unter Protest – wenn auch zunächst nur vorläufig – den Rat, da er mit der Behandlung Gremmelpachers nicht einverstanden ist. Eine völlig neue Situation ergibt sich, als Mitte Juli die Zentrumspartei zur Selbstauflösung gezwungen wird. Daraufhin macht das badische Innenministerium an die Bezirksämter klar, dass man dort nur mit solchen Persönlichkeiten zusammenarbeiten könne, von denen eine „*bereitwillige Zusammenarbeit mit den übrigen Mitgliedern [gemeint sind die Abgeordneten der NSDAP] dieser Körperschaften erwartet werden kann*“. Sei dieses Vertrauen nicht vorhanden, müssen solche Persönlichkeiten „*auf die eine oder andere Art zum Ausscheiden veranlasst werden*“.⁶

Die Vorgehensweise in Villingen war folgende: Man fragte die Zentrumsvertreter, ob sie freiwillig auf ihr Amt verzichten, was diese jedoch ablehnten. So wurden sie vor die Wahl gestellt, entweder als partei- und fraktionslose Einzelpersonen an den Sitzungen teilzunehmen oder sich als Hospitanten bei der

NSDAP zu bewerben. Diese Möglichkeit wurde jedoch vom Fraktionsvorsitzenden Dr. Rimmelin als „*untragbar*“ zurückgewiesen, seiner Meinung nach, müssten „*sämtliche Zentrumsabgeordnete der Rathausfraktion ihre Mandate niederlegen*“. Da sie dies nicht freiwillig taten, griff man zum bewährten Mittel der Drohung. In der Stadtratssitzung vom 17. August 1933 erklärte Rimmelin, dass es die nationalsozialistische Fraktion ablehne, mit Stadtrat Butta weiterhin zusammenzuarbeiten und forderte ihn auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Butta erklärte hierauf, „*dass er der Gewalt weiche*“.⁷

In den folgenden Tagen legten alle Stadträte und Stadtverordneten des Zentrums ihre Mandate nieder, außer Otto Weisser und Fridolin Görlacher, die doch noch als Hospitanten bei der NSDAP unterkamen.

Der neue NSDAP-Bürgermeister: Hermann Schneider

Nach der gewaltsamen Entfernung des Bürgermeisters Gremmelspacher und der vierwöchigen Vertretung durch den Stadtrat und Ortsgruppenleiter Gutmann wurde von Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner (offiziell vom badi-schen Innenministerium am 14. Juli) ein neuer Bürgermeister eingesetzt: der 27-jährige Diplom-Volkswirt und SA-Truppführer Hermann Schneider. Er übernahm die Stelle zunächst in kommissarischer Funktion (eine Art Probezeit), wurde aber etwa einen Monat später offiziell vom Bürgerausschuss einstimmig auf neun Jahre gewählt. Dr. Rimmelin, der Fraktionsvorsitzende, gab vom Balkon des Rathauses „*das Ergebnis der vor dem Rathaus aufmarschierten SA und SS sowie dem Publikum bekannt, worauf die Sturmbannkapelle das Horst-Wessel-Lied intonierte und das neugewählte Stadtoberhaupt die Fronten abschrift.*“ Glückwünsche nahm Schneider zwar entgegen, von weiteren Ehrungen seitens der Parteigenossen sollte jedoch abgesehen werden, denn er „*ordne sich damit ganz dem Geist des Führers ein, der nichts kennt, als Arbeit zum Wohle der Gesamtheit*“.⁸

Eine tags darauf verbreitete Presseerklärung stellte den neuen Bürgermeister der Öffentlichkeit in seinem beruflichen und parteipolitischen Werdegang vor. „*Schneiders Ausbildung*“ – so das „Villinger Volksblatt“ vom 10. August 1933 – „*könne als eigenartig angesehen werden*“. 1906 in Schwetzingen geboren, besuchte Schneider bis 1922 die Oberrealschule, verließ diese ohne Abitur, absolvierte eine Verkäuferlehre bei der Friedrich Krupp AG, bereitete sich nach der Lehrzeit doch noch aufs Abitur vor, das er 1928 bestand. Seine anschließenden Studien in Heidelberg, Berlin und Köln beschloss Schneider mit dem Examen zum Diplom-Volkswirt. Bevor er seinen Posten in Villingen antrat, arbeitete er in der Versicherungsbranche. Sein politisches Interesse galt schon als Jugendlicher völkisch-nationalen Bündeln, 1923 trat er der NSDAP bei. Nach deren Verbot in der Folge von Hitlers Putschversuch wurde Schneider Mitglied des „Schlageter-Bundes“ – einer Art Tarnorganisatin der verbotenen Partei in Baden. Es folgten die Mitgliedschaft in der SA und im NS-Studentenbund und seine Wiederaufnahme in die Partei im Februar 1930.



Sitzung des Villingen Stadtrates unter der Leitung des neuen Bürgermeisters Hermann Schneider (1933–1937). Foto aus: FLAIG (Seite 53).

Wie Schneider zu seinem Amt als Bürgermeister in Villingen kam, schildert er selbst während seiner Vernehmung im Internierungslager in Ludwigsburg 1948. Als „*alter Kämpfer*“ – als solche galten die vor der Machtergreifung in die Partei eingetretenen Mitglieder – konnte er sich an die „*kommunalpolitische Abteilung des Ministerium*“ in Karlsruhe wenden, um, wie Schneider es formulierte, „*irgendwo Bürgermeister*“ zu werden.⁹ Was ihm auch gelang, trotz fehlender juristischer Vorbildung – diese verlangte die immer noch gültige Badische Gemeindeordnung von 1921.

Somit löste Hermann Schneider seinen Parteigenossen Gutmann ab. Gutmann, bisher Angestellter beim Finanzamt, bekam Ende September eine besser dotierte Buchhalterstelle bei der Stadtkasse übertragen, mit der Option, nach drei Jahren als Beamter übernommen zu werden. Seine weitere politische Karriere sei wie folgt kurz zusammengefasst: Genau wie Schneider trat Gutmann – ebenfalls „*alter Kämpfer*“ – im Januar 1935 eine Bürgermeisterstelle in Tiengen (am Hochrhein) an. Dort tat er sich besonders mit einer jüdenfeindlichen Ortssatzung hervor (noch vor der Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze), hat in den letzten Kriegstagen Einwohnern Tiengens, die eine weiße Fahne hissen wollten, mit Erschießen gedroht. Gutmann blieb auch nach dem Krieg seiner nationalsozialistischen Überzeugung treu, war 1964 Mitbegründer der NPD, stellvertretender Bundesvorsitzender und wurde 1968 in den baden-württembergischen Landtag gewählt, wo er auch den Fraktionssitz übernahm.



Hermann Riedel, Verwaltungsratsschreiber (1929–1935)
und Erster Beigeordneter der Stadt Villingen (1935–1945).

Foto: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.

Der in Verwaltungsaufgaben unkundige Bürgermeister Schneider benötigte fachkundige Unterstützung. Und diese hatte er ohne Zweifel in Hermann Riedel, 1897 geboren und seit 1927 Ratsschreiber der Stadt Villingen. Nach der Machtübernahme wurde er, wie auch sein Vorgesetzter Gremmelpacher, von der NSDAP als politisch und weltanschaulich nicht zuverlässig angesehen. Deswegen wurde seine Entlassung gefordert. Schneider setzte sich für sein Verbleiben im

Amt ein, weil – und das war natürlich in seinem ureigenen Interesse – er jemanden brauchte, der sich in den Amtsgeschäften und überhaupt in den städtischen Angelegenheiten auskannte. Riedel war der Mann im Hintergrund, auch „*graue Eminenz*“ genannt. Durch seine Hände gingen alle Vorgänge, die den Stadtrat und die Stadtverwaltung betrafen. Ab 1935 wurde er in das neugeschaffene Amt eines Ersten Beigeordneten eingesetzt. Er vertrat in dieser Funktion den Bürgermeister in dessen Abwesenheit. Hermann Riedel wurde 1937 Parteimitglied, war ebenfalls Mitglied in mehreren der NSDAP angeschlossenen Verbänden, auch Fördermitglied der SS von 1933 bis 1939. Eine äußerst wichtige Rolle für Villingen spielte Hermann Riedel während der Amtszeit von Karl Berckmüller, der 1937 Schneider als Bürgermeister ablöste, und später bei der Übergabe der Stadt im April 1945.

Nachdem Ortgruppenleiter Gutmann eine Anstellung bei der Stadt erhielt, musste er aus dem Stadtrat ausscheiden. Seine Stelle als stellvertretender Bürgermeister übernahm sein Parteigenosse Paul Riegger, seit 1932 Mitglied der NSDAP und Konstruktionsleiter für den Taxameterbereich bei der Firma Kienzle Apparate GmbH. Sein Engagement innerhalb der Partei zeigte sich in den nächsten Jahren durch die Übernahme verschiedener parteiinterner Aufgaben. So war Riegger Kreishauptstellenleiter in der Partei, Leiter des Kreissiedlungsreferats der Deutschen Arbeitsfront und Beisitzer des Kreisgerichts der NSDAP. 1935 wurde er zum zweiten – ehrenamtlichen – Beigeordneten bestimmt. Paul Riegger verband durch seine ranghohen und einflussreichen Stellungen die Bereiche Wirtschaft und Politik in besonderem Maße.

Ankurbelung der Wirtschaft

Die Ankurbelung der Wirtschaft, die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze waren die erklärten Ziele der meisten Parteien Anfang der 1930er Jahre. Aber es waren wohl die Nationalsozialisten, denen die arbeitslosen Männer und Frauen es am ehesten zutrauten, sie aus ihrer Misere herauszuführen. Um dieses Versprechen in die Tat umzusetzen, wurden auch in

Bürgermeister Schneider und das Offizierscorps der Villingener Garnison vor dem 1935 neu erbauten Kneipp-Haus.
Foto aus: FLAIG (Seite 75).



Villingen von dem neu eingesetzten Bürgermeister Schneider Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Unterstützung der Gauleitung in Gang gesetzt, die „Arbeitsschlacht“ wurde eröffnet. Neben Industrie und Handwerk sollte Villingen ein weiteres, besonders zukunftsträchtiges Standbein bekommen: den Fremdenverkehr. Villingen sollte Urlaubsort, Ausflugsstadt, Tagungsort, vor allem aber Kneippkurort werden. Ein zweites Bad Wörishofen schwebte manchen Anhängern des Kneippgedankens schon vor. Nach relativ kurzer Bauzeit wurde die neue „Kneippanlage an der Rindenmühle“ am 2. Juli 1934 eröffnet. Die Kuranlagen und das Kneippkur- und Badehaus in der Adolf-Hitler-Straße (heute Waldstraße) folgten ein Jahr später. Ein Schild über dem Eingang mit der Inschrift *„Dieses Bad wird von Juden nicht benützt“* – davor Bürgermeister Schneider inmitten einiger Offiziere – weist auf den von der Stadtverwaltung unterstützten Antisemitismus hin.

Ein Kneipparzt wurde eingestellt, Kurgäste sollten in Massen angelockt werden. Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen- und Wegebau, die Errichtung von Siedlungshäusern im Villingener Südwesten (Weiherstraße und Walkebuck) und der Ausbau der Kanalisation samt Kläranlage förderten die örtliche Bauwirtschaft. Die Gründung des Heimatvereins im Mai 1934 diente ebenfalls dem Ziel, den Fremdenverkehr anzukurbeln. *„Baden als Grenzland stehe unter besonderem wirtschaftlichen Druck“* und so sei die Pflege des Fremdenverkehrs Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms, so Gauleiter Wagner. Am 20. März 1934 war die offizielle Eröffnung der reichsweit ausgerufenen „Arbeitsschlacht“. Mit einer sich über den ganzen Tag hinziehenden Großveranstaltung in Villingen wurde der Bevölkerung Entschlossenheit demonstriert, und Bürgermeister-Stellvertreter Paul Riegger dankte denen, die seit Monaten *„zu diesem Werk beitragen“*. Gemeint war die Jugend, denn seit 1. Januar 1934 galt der Arbeitsdienst für 19-Jährige, aber auch die Fürsorgeempfänger, die für die erhaltene Unter-

stützung unbezahlte Arbeit geleistet hatten, waren damit angesprochen. An die badische Wirtschaft wurde appelliert, bedürftige SA-Männer, die für Deutschland gekämpft hatten, zu unterstützen.

Und dennoch stellte sich auch für Villingen die Frage nach der Finanzierung all dieser Maßnahmen. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk gab auf diese Frage eine einfache Antwort: „*Das Geld zur Bezahlung aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird gepumpt.*“¹⁰ Und da keine Reserven im Haushalt vorhanden wären, so Krosigk weiter, „*müssen wir die Reserven aus der Zukunft vorübergehend nehmen*“. Für 1934 konstatierte Bürgermeister Schneider einen ausgeglichenen Haushalt von etwa 2,5 Mio. Reichsmark (RM). In der Folgezeit wurden jedoch hohe Summen aufgenommen. Am 14. März 1938 wurde in einer nichtöffentlichen Ratsversammlung eine Kreditaufnahme von 1,1 Mio. RM beschlossen, um einen kurzfristigen Kredit über 2,1 Mio. RM teilweise abzulösen. Dass der Schuldenberg noch höher war, vermutet HEINER FLAIG in seinem Bildband. Er nennt einen Schuldenberg von „*glatten 6 Mio. Mark*“, der sich „*in einer Phase eines hektischen, stürmischen Aufbaus*“¹¹ angesammelt habe. Und auch Paul Riegger spricht in seinem Spruchkammerverfahren 1947 von den „*uferlosen Ausgaben des Nazi-Bürgermeisters Schneider.*“¹² Als Beisitzer hatte er jedoch die Kreditaufnahme abgenickt.

So lässt sich feststellen: Eine Reihe von infrastrukturellen Baumaßnahmen waren zum Nutzen der Bevölkerung; die heimische Bauwirtschaft verzeichnete einen Aufschwung; auch der Fremdenverkehr profitierte, wenn auch nur in geringerem Maße als erhofft von den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Zahl der Arbeitssuchenden und Unterstützungsempfänger verringerte sich im Jahr 1934 erheblich.

Hermann Schneider: Bürgermeister und Kreisleiter

Am Anfang des Jahres 1935 übernahm Hermann Schneider neben seiner Stellung als Bürgermeister das Amt des Kreisleiters der NSDAP für den Kreis Villingen, ernannt von Gauleiter Wagner und diesem auch direkt unterstellt und verantwortlich. Der Kreisleiter verfügte über eine eigene Dienststelle und sollte eng mit den Bürgermeistern des Kreises zusammenarbeiten. Bei der Besetzung und Ab-

berufung eines Bürgermeisters oder Beigeordneten war seine Meinung maßgeblich. Auch die Ratsherren bestellte er einvernehmlich mit dem Bürgermeister.



Bürgermeister Schneider, von 1934 bis 1937 auch Kreisleiter der NSDAP, spricht am 1. Mai 1935 zu den Formationen des Arbeitsdienstes, der Betriebe und Soldaten der Villingener Garnison. Foto: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.

Die kommunalen Vertretungsorgane wurden seit der ab 1. April 1935 neu eingeführten Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (Reichsgesetzblatt 1935 Teil I Seite 49) nach dem „Führerprinzip“ ausgerichtet. Der Bürgerausschuss wurde abgeschafft, die Stadträte – jetzt Ratsherren genannt – und das jetzt sogenannte Ratsherrenkollegium wurde zu einem reinen Beratungsgremium ohne Beschlussfunktion degradiert (ab § 48 der Deutschen Gemeindeordnung). In Villingen vereinigte sich nun staatliche und parteipolitische Macht in der Person von Hermann Schneider. Er übte eine doppelte Führerschaft aus, repräsentierte Staat und Partei gleichzeitig.

Wie zeigte sich diese doppelte Repräsentation in der Praxis? Welche der beiden Ämter war entscheidend in konkreten Situationen?

Erstes Beispiel: Frau Haas von der gleichnamigen Bäckerei wurde auf Anordnung des Kreisleiters Schneider am 26. Februar 1936 *„wegen unsozialem Verhalten dem Winterhilfswerk gegenüber für einige Zeit in Schutzhaft genommen“*. Deshalb solle die Bäckerei *„auf die Dauer von drei Monaten von jeglichen städtischen Lieferungen ausgeschlossen werden“*. Zwei Wochen später fasste das Ratsherrenkollegium unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Schneider eben diesen Beschluss, der zum Vollzug dem Rechnungsamt zugeleitet wurde.¹³

Zweites Beispiel: Anlässlich eines Besuches des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber im Juni 1937 in Villingen kam es zu Auseinandersetzungen auf dem Münsterplatz, die von Nationalsozialisten angezettelt wurden. Gottesdienstbesucher wurden angepöbelt und teilweise tätlich angegriffen. Nach Aussagen von Stadträten im Jahre 1948 war der damalige Ortsgruppenleiter Karl Reichert die treibende Kraft, Bürgermeister Schneider hätte die Ausschreitungen aber vom Balkon des Rathauses aus *„hohnlächelnd“* beobachtet, sie aber nicht unterbunden. In seiner Funktion als Kreisleiter wäre dies möglich gewesen, deshalb trüge er die alleinige Verantwortung für die Ausschreitungen seiner Parteigenossen. Auf einer anschließenden Zusammenkunft der Parteigenossen auf dem Platz des 30. Januar (Osianderplatz) hätte Schneider ihnen zugerufen: *„Wir haben die Macht in der Stadt“*.¹⁴

Schneiders Haltung zeigt, dass er nicht im Sinne der Stadt handelte, sondern er demonstrierte die antikatholischen Positionen der NSDAP öffentlich und zeigte damit, welches Amt für ihn den höheren Stellenwert einnimmt.

Drittes Beispiel: Im Juni 1937 wurde ein 13-jähriger Schüler des Klosters Maria Tann ermordet. Die NS-Zeitung „Schwarzwälder Tagblatt“ behauptete, ohne Beweise zu haben, ein Schulbruder (Lehrer) wäre der Täter gewesen. Die Zeitung nannte dies einen Lustmord und verglich das katholische Internat mit einer ehemaligen Anstalt in Meersburg, das durch seine *„homosexuellen Exzesse berüchtigt“* wäre.¹⁵ Die Nachricht selbst entpuppte sich als Falschmeldung, der wirkliche Täter war ein älterer Mitschüler. Der Fall erregte durch die falsche Anschuldigung in Unterkirnach so viel Unmut, dass eine Versammlung einberufen wurde, an der auch Schneider als Kreisleiter teilnahm. Als Schneider die Berichterstattung im „Schwarzwälder Tagblatt“ dennoch vehement verteidigte,

bezeichnete der Villingener Kaufmann Josef Hog ihn der wiederholten Lüge, was ihm Prügel während der Versammlung durch Nationalsozialisten und eine Anzeige Schneiders wegen Beleidigung einbrachte, die zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe führte.¹⁶

Villingen als Beute der Partei

Nach Aussage Hermann Riedels 1948 hatte die Stadt nach der Machtübernahme 1933 „*ziemlich viele Nationalsozialisten*“.¹⁷ Man kann es auch pointierter sagen: Die NSDAP und ihre Repräsentanten haben sich die Stadt als Beute genommen. Der Drang der Parteigenossen nach Posten in der Stadtverwaltung wurde als quasi selbstverständliches Anrecht vor allem der „alten Kämpfer“ gesehen. Dieser Drang nach den „Fleischtöpfen“, sich ein möglichst hohes Amt zu ergattern, lässt sich an den Beispielen Franz Martin und Karl Reichert besonders deutlich zeigen.

Franz Martin wurde 1897 in der Nähe von Karlsruhe geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und einer einjährigen Handelsschule, dreijährigem Heeresdienst und Anstellungen in verschiedenen Berufszweigen siedelte er 1927 aus familiären Gründen nach Villingen über, um dann in einem von seiner Frau eröffneten Lebensmittelladen als Geschäftsführer tätig zu sein. Nach Aufgabe des Geschäfts wegen finanzieller Schwierigkeiten übernahm er 1930 einen Wäscheversand. Seit dem 1. September 1930 war Martin Mitglied der NSDAP und der SA, versah bis Ende 1932 das Amt des Ortsgruppenleiters, während des Dritten Reiches die Stellung eines Kreisamtsleiters der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) und wirkte zudem als Beisitzer des Parteigerichts mit – ein Multifunktionär der Partei.

Neben diesen Parteiämtern war Franz Martin seit November 1930 als Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender im Bürgerausschuss tätig. Den Sieg bei den Reichstagswahlen im März 1933 nutzte Martin für sein persönliches Fortkommen. Zum einen wurde er als Aushilfsangestellter beim Fürsorgeamt eingestellt, mit einer zwar geringen, aber regelmäßigen Bezahlung und dem gewichtigen Titel eines „Kanzleivorstandes“; zum anderen ernannte ihn die Gauleitung zum ehrenamtlichen Kommissar bei der Stadtverwaltung, um diese und die städtischen Werke von Seiten der Partei zu kontrollieren. In dieser Funktion war er dem örtlichen Ortsgruppenleiter unterstellt. Sein Aufstieg ging weiter. Schon im September 1933 wurde ihm die Leitung des Ortsgerichts und des Jugendamtes übertragen, verbunden mit der Amtsbezeichnung „*Amtsvormund und Ortsrichter*“, ohne dass er für diese Aufgaben qualifiziert gewesen wäre. Ohne eine Prüfung abgelegt zu haben – dazu habe er einfach keine Zeit gehabt, so Martin in einer Klageschrift gegen die Stadt Villingen 1952¹⁸ –, wurde er im November 1938 zum Verwaltungsoberinspektor befördert und zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. Ein Jahr später erfolgte seine Berufung zum ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt. In einer zusammenfassenden Stellungnahme des Gemeinderates Anfang der 1950er Jahre wird klargestellt: Martin habe durch seine zeit-



Karl Reichert, Leiter des E- Werkes und Ortsgruppenleiter der NSDAP (1934–1945). Foto: Staatsarchiv Freiburg.

aufwändige Stellung als Kreisamtsleiter der NSV seine dienstlichen Pflichten als städtischer Bediensteter nicht erfüllt. Er sei nur stundenweise an seiner Arbeitsstelle gewesen, die dort anfallende Arbeit wurde von denselben Angestellten erledigt, wie es vor seiner Einstellung der Fall gewesen sei. Martin habe sein Amt nicht seinen beruflichen Fähigkeiten zu verdanken, sondern ausschließlich seinen engen Beziehungen zur Partei und den nationalsozialistischen Bürgermeistern Schneider und Berckmüller.¹⁹

Als typischer „*Nutznießler des Dritten Reiches*“ wird auch Karl Reichert gesehen, der laut Stellungnahme des Stadtrates 1950 als einer der „*rücksichtslosesten und brutalsten Nazis*“ Villingens galt.²⁰ Reichert, 1901 in Karlsruhe geboren, besuchte die Realschule, erlernte das Elektrohandwerk und studierte am badischen Staatstechnikum mit dem Abschluss eines „*Staatlich geprüften Elektrobaumeisters für den mittleren Dienst*“. Er arbeitete anschließend in verschiedenen Betrieben, 1930 machte er sich selbständig. Die fachlichen Voraussetzungen für eine leitende Position waren nicht vorhanden.

Während seiner Studentenzeit bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei tätig, trat er im April 1928 der NSDAP bei. Für seinen frühen Eintritt und seinen schon damals festen Glauben „*an unseren herrlichen Führer*“ (so Reichert 1934 an das Gauamt in Karlsruhe)²¹ erhielt er das Goldene Reichsabzeichen.

Im Mai 1934 war in der NS-Zeitung „Der Führer“ die Stelle eines Leiters des Elektrizitätswerkes in Villingen ausgeschrieben, auf die sich Reichert bewarb. Als besondere Referenzen nannte er seine frühe Parteizugehörigkeit, seine niedrige Partei-Mitgliedsnummer und seine Bekanntschaft mit dem Gauleiter und Reichsstatthalter Wagner, dem Freiburger NS-Bürgermeister Kerber und Hermann Röhn, Stabsleiter des Gau Badens. Bürgermeister und Parteigenosse Schneider sagte ihm die Stelle sofort zu, ohne vorherige Rücksprache mit dem Stadtrat.²² Amtsantritt war der 9. Juli 1934.

Unklarheiten – beabsichtigt oder nicht – standen am Anfang. So ging Reichert auf einmal davon aus, er habe außer der Leitung des E-Werkes auch noch die Oberaufsicht über das Gas- und Wasserwerk sowie den Schlachthof zu führen. Er berief sich auf eine mündliche Zusage Schneiders. Oder aus dem „Ingenieur“ Reichert wurde auf einmal ein „*Oberingenieur*“. Es blieb letzten Endes bei der Leitung des E-Werkes.

Sein parteipolitische Aufstieg fügte sich nahtlos an. Schon im Oktober 1934 Jahres übernahm Reichert das Amt des Ortsgruppenleiters, und einige Monate später kam das Amt des stellvertretenden Kreisleiters hinzu. Dass diese parteipolitischen Aufgaben Zeit beanspruchten, sah auch Bürgermeister Schneider

ein und gestattete seinem E-Werk-Leiter „*dringende schriftliche Arbeiten für die Ortsgruppe während der Dienstzeit zu erledigen.*“²³ Nach Aussagen des Landtagsabgeordneten Haas 1958 „*betätigte sich Reichert nahezu ausschließlich als politischer Funktionär der NSDAP und überließ die Arbeit (im E-Werk) im wesentlichen untergeordneten Organen.*“²⁴ Diese Einschätzung erinnert an die Dienstauffassung des Jugendamtsleiters Franz Martin. Kurz gesagt: Der Staat bezahlte die Parteiarbeit.

Sein Ruf, brutal und rücksichtslos gewesen zu sein, hat sich Reichert hart erarbeitet. Er strengte eine Reihe von Prozessen gegen Villinger Bürger an, die sich gegen Bedrohungen, Tötlichkeiten oder verbale Beleidigungen gewehrt haben. Dabei kam auch ein sehr eigenwilliges Rechtsverständnis zum Ausdruck. In einem Fall wurde Reichert von einem Villinger Bürger angezeigt, den er in aller Öffentlichkeit als „*Lustknaben*“ beschimpft hatte. Bizarr war nicht nur, dass sich Reichert im Recht sah (der Villinger war gläubiger Katholik und dessen Kirche „*hetze gegen den Nationalsozialismus*“), sondern seine rechtlichen Ausführungen belegen seine Geisteshaltung: „*Ich bin Ortsgruppenleiter und als solcher politischer Amtsträger. Die Privatklage ist überhaupt nicht zulässig. Ich unterstehe in meiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter nicht der zivilen Strafgerichtsbarkeit, sondern ausschließlich der Strafgerichtsbarkeit der Partei.*“ Und, so Reichert weiter, „*ich habe bei Wahrung berechtigter Interessen das Recht, Beleidigungen auszusprechen.*“. Übrigens hätte sich der Kläger nicht an das Gericht, sondern an seine (Reicherts) vorgesetzte Dienststelle (die Kreis- oder Gauleitung) wenden müssen. Eine Privatklage sei in diesem Fall gar nicht zulässig.²⁵

Dies war eine Rechtsauffassung, der sich auch die staatliche Gerichtsbarkeit oftmals beugte, vor allem dann, wie in einem anderen Fall, wenn der Vorsitzende Angehöriger der SS war.

Reicherts beruflicher Ehrgeiz war mit der Leitung des E-Werkes nicht gestillt. Am 1. April 1939 bewarb er sich um die Leitung der Stadtwerke, die es zwar in dieser Form gar nicht gab (E-Werk, Gaswerk und Bauamt hatten getrennte Leitungen), aber von Reichert vehement gefordert wurde. Dazu wollte er noch als Beigeordneter eingesetzt werden. Die Bewerbung richtete sich an Karl Berckmüller, der 1937 das Bürgermeisteramt übernommen hatte. Neben seiner fachlichen Qualifikation, die für ihn als selbstverständlich galt, hatten für ihn seine parteipolitischen Ämter ein noch größeres Gewicht, die er in unterschwellig drohender Form in die Waagschale legte. Er schrieb: „*Da ich als politischer Leiter der NSDAP mit dem Vertrauen unseres Gauleiters hohe Ämter als Hoheitsträger bekleide, glaube ich bestimmt, dass gegen diesen Antrag zur Bestellung meiner Person als Beigeordneter von Seiten des Bürgermeisters und der Ratsherren kein Einspruch erhoben wird.*“²⁶ Er meinte, den Parteigenossen Berckmüller an seiner Seite zu haben. Dieser blockte Reicherts Bewerbung jedoch ab, da er ihm die berufliche Qualifikation absprach, was er ihm offen jedoch nicht sagte. Zum Trost wurde Reichert zum Beamten auf Lebenszeit ernannt und durfte den Titel eines „*Städtischen Baurats*“ tragen.

Karl Berckmüller: Bürgermeister wider Willen

Wie schon erwähnt, gab es im Oktober 1937 einen Wechsel an der Spitze des Bürgermeisteramtes. In einer Art Rochade wurde Pg. Schneider als hauptamtlicher Kreisleiter nach Mannheim versetzt, dafür wurde der ehemalige Gestapochef Badens und kurzfristige Hafendirektor Mannheims, Karl Berckmüller, von Gauleiter Wagner an die Spitze des kleinen Schwarzwaldstädtchens Villingen versetzt. Berckmüller, am 10. Dezember 1895 als Sohn eines Fabrikanten in Karlsruhe geboren, meldete sich noch kurz vor seinem Abitur als Kriegsfreiwilliger, erreichte den militärischen Rang eines Oberleutnants und übernahm nach Kriegsende die elterliche Metallwarenfabrik.

Seine politische Karriere begann im „Schlageter-Bund“, wo er auch enge Freundschaft mit dem späteren Gauleiter Robert Wagner schloss. Als Wagner im März 1925 die NSDAP in Baden wieder gründete, trat Berckmüller sofort der Partei bei. Er galt somit als eines der ältesten Parteimitglieder Badens. Wagner war es auch, der seine politische Laufbahn bestimmte. Wagner holte Berckmüller in die Leitung des „Führer-Verlags“ nach Freiburg. 1929 übergab er ihm die Leitung der NS-Zeitung „Der Alemanne, Kampfblatt des nationalsozialistischen Oberbadens“. Nach der Machtergreifung beauftragte ihn Gauleiter Wagner, die Geheime Staatspolizei in Baden aufzubauen, an deren Spitze er – als SA- und SS-Mann – bis 1937 stand. Hier brach Berckmüllers Karriere ab. Auf den Vorwurf hin, in den 1920er Jahren Mitglied einer Karlsruher Loge gewesen zu sein – diese Tatsache hatte er verschwiegen – und sich dem SD (dem parteiinternen Sicherheitsdienst) gegenüber illoyal verhalten zu haben, wurde er aus der SS ausgestoßen. Einen ganz tiefen Fall verhinderte sein alter Parteifreund Wagner, und

so übernahm Karl Berckmüller – nach einem kurzen Zwischenspiel als Hafendirektor – das Bürgermeisteramt in Villingen. In einem Interview mit dem „Schwarzwälder Tagblatt“ versprach er *„seine ganze Kraft für die Stadt Villingen einzusetzen“*.²⁷ Mit Hilfe Hermann Riedels, auch unter dem neuen Bürgermeister Erster Beigeordneter der Stadt, kümmerte er sich in der Folgezeit um die Weiterführung des Wohnungsbaus, die Errichtung von Erbhöfen und den Ausbau des städtischen Krankenhauses durch Einstellung qualifizierter Fachärzte. Dabei wollte er möglichst



Karl Berckmüller, Bürgermeister der Stadt Villingen (1937–1945).

Foto: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.

ohne neue Schulden auskommen. Im Vordergrund, so Berckmüller, stehe das „Sparprinzip“²⁸, ein Hinweis auf den von Schneider hinterlassenen Schuldenberg.

Mit dem Auftritt des neuen Kreisleiters Arnold Haller (die Stelle war nach Schneiders Weggang für einige Monate vakant) verschärfte sich der Kompetenzstreit zwischen Parteileitung und Bürgermeisteramt, der sich als Machtkampf unter Parteigenossen entwickelte.

Arnold Haller, Parteimitglied seit Dezember 1931, von Beruf Vermessungsingenieur, wurde im Sommer 1937 Ortsgruppenleiter in Radolfzell und am 1. August 1938 als hauptamtlicher Kreisleiter nach Villingen versetzt. Der Stadtrat charakterisierte ihn 1951: „Haller war ein überzeugter Nazi, der sich über alles hinweggesetzt hat. Während er zu Beginn des Krieges einigermaßen zu ertragen war, wurde er später mit Zunahme der Macht, welche er hatte, brutal und rücksichtslos“. Und weiter: „Haller ist besonders während des Krieges durch seinen unsauberen Lebenswandel [gemeint sind zum Beispiel seine häufigen Saufereien mit seinem Kreisstab] bei der Bevölkerung unliebsam aufgefallen.“²⁹

Dieser Machtkampf lässt sich beispielhaft an der Auseinandersetzung um das Johanna-Schwer-Kinderheim verdeutlichen. Johanna Schwer, Alleinerbin der SABA-Werke nach dem Tod ihres Mannes Hermann im Jahr 1936 und Ehrenbürgerin der Stadt, nahm diese Auszeichnung zum Anlass, ein „Säuglings- und Kinderheim, eine Säuglingskrippe und einen Kindergarten“ zu stiften. Aufgenommen werden sollten, so der Wille der Stifterin, Kinder aus Villingen, insbesondere Kinder von SABA-Werksangehörigen. Eine Einschränkung stand jedoch im Vertrag: „Es kommen nur erbgesunde Kinder sozial brauchbarer Eltern in Betracht.“³⁰ Eröffnet wurde die Einrichtung im Juni 1941. Zur Machtprobe zwischen der Partei und Bürgermeister Berckmüller kam es durch die Fragen, wer das Heim übernehmen sollte (die Stadt oder die Partei), wer es mit welchem Personal betreiben sollte (mit Ordensschwestern oder mit sogenannten „braunen Schwestern“) und wer den Betrieb des Heimes finanzieren sollte. Die Partei vertraten dabei der NSDAP-Kreisleiter Haller und der Kreisamtsleiter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), Martin.

Frau Schwer wollte der Stadt das Heim schenken, was schriftlich fixiert und von Berckmüller begrüßt worden war. Die Partei stellte sich jedoch Folgendes vor: „1. Die NSV übernimmt den Betrieb restlos. 2. Die Stadt hat keinerlei Einstellungsbefugnisse bei Berufung des gesamten Personals und 3. Die Stadt trägt die gesamten entstehenden Defizite bzw. finanziellen Aufwände“. Oder, wie Kreisleiter Haller es auf den Punkt brachte: „Die NSV führt den Betrieb, die Stadt hat nicht dreinzureden und eben zu bezahlen.“³¹ Berckmüllers zunächst etwas zögerliche Haltung – er war nicht grundsätzlich gegen die Übernahme durch die NSV, wollte jedoch über die Höhe des städtischen Zuschusses Klarheit haben – wurde ihm in der Partei und bei der Gauleitung als Gegnerschaft zur NSV ausgelegt. Aber letzten Endes setzte sich die Partei mit all ihren Forderungen durch.

In der Folge kam es zu weiteren öffentlichen Angriffen auf Berckmüller, und es nützte auch nichts, dass er versicherte, er habe immer wieder „weit über

seine Befugnisse hinaus, dazu beigetragen, den Wünschen der hiesigen Parteileitung finanziell und durch andere Opfer entgegengekommen zu sein.“ Auch der Verweis, er sei einer der ältesten Parteigenossen in Baden und Träger des Goldenen Parteiabzeichens, verhinderten nicht weitere Drohungen wie zum Beispiel, er „gehöre zum Teufel gejagt“ oder „auf dem Rathaus müsse mit eisernem Besen ausgekehrt werden.“³² Die Konsequenz dieser Auseinandersetzung war, dass Kreisleiter Haller im April 1940 die Einberufung Berckmüllers veranlasste, der dieser auch folgte, da er, wie er später bekannte, keine Lust mehr hatte, sich „noch während des Krieges mit kleinlichem Beamtenkram herumzuschlagen“. Auf mehreren Fliegerhorsten im Luftgaustab Südwest leistete Berckmüller als Hauptmann und Kompaniechef Dienst.

Bis zum Kriegsende leitete Hermann Riedel als Bürgermeister-Stellvertreter während der Abwesenheit Berckmüllers fünf Jahre lang die städtische Verwaltung praktisch allein, organisierte den zunehmenden Notstand während der letzten Kriegsjahre und Kriegsmonate. Er sah sich jedoch immer wieder gezwungen, einen Antrag für einen mehrwöchigen Arbeitsurlaub des Bürgermeisters zu stellen, damit Berckmüller für einige Zeit vom militärischen Einsatz zur Stadt zurückkehrt zur Erledigung dringender Angelegenheiten, „welche für die Stadt Villingen von besonderer Wichtigkeit und Tragweite sind.“³³

Das Ende – der Anbruch einer „schweren Zeit“?

Die Kriegshandlungen endeten für Villingen mit der Übergabe der Stadt durch Hermann Riedel als Bürgermeister-Stellvertreter am 21. April 1945. In seinem Buch „Villingen 1945 – Bericht aus einer schweren Zeit“ kann man in äußerst detaillierter Form die Abläufe der Kampfhandlungen (französische Armee, Wehrmacht, SS-Verbände, Volkssturm) nachlesen. Er beschreibt die Lage der über 2.000 eingesperrten Kriegsgefangenen im Villingener Stammlager (Stalag) und berichtet über die Einschränkungen, die die Besatzung mit sich brachten. Es wird erwähnt, wie NSDAP-Ortsgruppenleiter Reichert noch Panzersperren errichten lassen wollte und wie sich am Nachmittag des 20. April 1945 führende Parteigrößen (einige Kreisleiter und Mitglieder der Gauleitung) am Romäusring sammelten und mit vollgepackten Autos die Stadt verließen.³⁴

Nach Beendigung der Kampfhandlungen übernahm das französische Militär die Verwaltung der Stadt. Die Organisation des öffentlichen Lebens, die Versorgung mit Lebensmitteln, die Unterbringung der französischen Militärangehörigen und Probleme mit den ausländischen Zwangsarbeitern waren nur ein Teil der Aufgaben, die in den folgenden Tagen und Wochen bewältigt werden mussten. Parallel dazu wurden erste Einzelmaßnahmen zur politischen Säuberung durch die französische Besatzungsmacht mit Hilfe von Untersuchungsausschüssen eingeleitet, die am Ort gebildet wurden.

Die Aufarbeitung der NS-Zeit in Villingen ist Stoff für eine eigene Darstellung. In dieser Bearbeitung wird auch dargestellt, wie die weitere Entwicklung der nationalsozialistischen Akteure in der Nachkriegszeit verlaufen war.

Autor

WOLFGANG HEITNER

Geboren 1948, Oberstudienrat i. R.,
ehemaliger Lehrer für Geschichte und Deutsch
am Gymnasium am Romäusring in Villingen-
Schwenningen.

Wolfgang Heitner
Lärchenstraße 17
78050 Villingen-Schwenningen
familie.heitner@t-online.de

Anmerkungen

Folgende Archive wurden benutzt: General-
landesarchiv Karlsruhe (GLA) / Staatsarchiv
Freiburg / Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.

1 Überarbeitete Fassung eines öffentlichen
Vortrags am 19. Juli 2016 im Franziskaner-
museum Villingen.

2 STEFAN ALEXANDER ÄßFALG:
Die Geschichte der Fremdarbeiter in Vil-
lingen während des Zweiten Weltkriegs.
Ein Beitrag zur Funktion und Bedeutung
mündlich erzählter Erinnerung.
Magisterarbeit. Tübingen 1996.

ANNEMARIE CONRADT-MACH: Arbeit und
Brot. Die Geschichte der Industriearbei-
ter in Villingen und Schwenningen von
1918–1933. Neckar Verlag, Villingen-
Schwenningen 1990.

HEINER FLAIG: Villingen. Zeitgeschehen in
Bildern 1928–1950. Verlag Revellio.
Villingen-Schwenningen o.J.

HEINZ LÖRCHER: Zusammenleben von Ju-
den und Nicht-Juden in Villingen nach
1862. In: Villingen im Wandel der Zeit.
Jahresheft des Geschichts- und Heimat-
vereins Villingen (GHV Villingen).
Band 36, 2013 (Seite 53–67).

EKKEHARD HAUSEN / HARTMUT DANNECK:
„Antifaschist verzage nicht...!“ Wider-
stand und Verfolgung in Schwenningen
und Villingen 1933–1945. Neckar-
Verlag, Villingen-Schwenningen 1990.

HERMANN RIEDEL: Villingen 1945.
Bericht aus einer schweren Zeit. Müller
Offset Druck, Villingen-Schwenningen
1968.

3 *Villinger Volksblatt* vom 22.3.1933.

4 *Villinger Volksblatt* vom 7.4.1933.

5 *Der Romäus* vom 8.5.1933.

6 Brief vom 19.7.1933 (Stadtarchiv: Abt.
2.16.1, Seite 357).

7 Siehe 6 (Seite 395).

8 *Villinger Volksblatt* vom 10.8.1933.

9 GLA (465 f Nr. 1807, Seite 168).

10 *Villinger Volksblatt* vom 27.3.1934.

11 FLAIG (Seite 94).

12 Staatsarchiv (D 180 / 2 Nr. 40777, Seite 6).

13 Stadtarchiv (Abt. 1.16. Nr. 7574).

14 Siehe 9 (Seite 170).

15 *Schwarzwälder Tagblatt* vom 18.6.1937
(Stadtarchiv: Abt. 1.42.3, Nr. 127).

16 Siehe 9 (Seite 169).

17 Siehe 9 (Seite 170).

18 Personalakte Franz Martin (Stadtarchiv:
Abt. 1.17 – ab Seite 161).

19 Siehe 18 (ab Seite 169).

20 Staatsarchiv (D 180 / 2 Nr. 225392,
Seite 4).

21 Siehe 20 (Seite 16).

22 Personalakte Karl Reichert (Stadtarchiv:
Abt. 1.17). Schreiben vom 6.7.1934.

23 Siehe 22. Schreiben vom 2.10.1934.

24 Siehe 22. Schreiben vom 18.3.1958.

25 Siehe 22. Schreiben vom 3.8.1937.

26 Siehe 22. Brief an das Bürgermeisteramt
vom 30.3.1939.

27 *Schwarzwälder Tagblatt* vom 4.10.1938.

28 Siehe 27.

29 GLA (465 f Nr. 1939, Seite 40).

30 Vertrag vom 1.10.1941 (Stadtarchiv:
Abt. 1.16 Nr. 4164).

31 Personalakte Karl Berckmüller (Stadtarchiv:
Abt. 1.17). Schreiben vom 4.3.1940.

32 Siehe 31. Schreiben vom 14.11.1940.

33 Siehe 31. Schreiben vom 19.11.1941.

34 RIEDEL (Seite 33).